Nr. 253 2. Ausgabe

Sonntag, 15. September 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 18 3 26, 18 6 38, 18 8 37. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Stellen- oder Kunstsatz 10% Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 10% Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Im Dresdner Bestellbezirk monatlich M 1.30, vierteljährlich M 3.90 frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich M 1.30, vierteljährlich M 3.90 frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.30, vierteljährl. M 3.90
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.45, „ „ 4.35
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.15, vierteljährl. Kr. 6.45
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.32, „ „ 6.96
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Eine österreichisch-ungarische Friedensnote an alle Kriegführenden

Einladung zu einer baldigen mündlichen Aussprache

Für den Verständigungsfrieden

× Wien, 14. September

Amtlich wird verlautbart:

Eine objektive, gewissenhafte Prüfung der Verhältnisse aller kriegführenden Staaten läßt keinen Zweifel mehr darüber bestehen, daß alle Völker, auf welcher Seite sie auch kämpfen mögen, das baldige Ende des blutigen Kampfes herbeisehnen. Trotz diesem außerordentlichen und begreiflichen Wunsches nach Frieden, ist es bisher nicht gelungen, jene Vorbedingungen zu schaffen, die geeignet wären, die Friedensbestrebungen ihrer Verwirklichung näherzubringen und die Kluft, die die Kriegführenden gegenwärtig voneinander trennt, zu überbrücken. Es müssen daher

wirksamere Mittel und Wege

in Erwägung gezogen werden, durch die den verantwortlichen Faktoren aller Länder Gelegenheit geboten werden könnte, die gegenwärtig vorhandenen Möglichkeiten einer Verständigung zu überprüfen. Der Schritt, den Oesterreich-Ungarn einvernehmlich mit seinen Bundesgenossen zur Herbeiführung des Friedens am 12. Dezember 1916 unternommen hat, führte nicht zu dem gehofften Erfolg. Die Gründe hierfür lagen wohl in seinen damaligen Verhältnissen. Um die in stetem Abnehmen begriffene Kriegslust ihrer Völker aufrecht zu erhalten, hatten die alliierten Regierungen bis zu jenem Zeitpunkt jede Erörterung des Friedensgedankens mit den strengsten Mitteln unterdrückt, und so kam es, daß der Boden für eine friedliche Verständigung nicht entsprechend vorbereitet war. Es fehlte der Uebergang von der wildesten Kriegshetze zur Versöhnlichkeit. Es wäre aber verfehlt, zu glauben, daß unser damaliger Friedensschritt ganz ergebnislos geblieben sei. Seine Früchte bestehen eben in jener nicht zu übersehenden Erscheinung, daß die Friedensfrage seither nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden ist, und wenn auch die vor dem Tribunal der Oeffentlichkeit geführten einschlägigen Diskussionen gleichzeitige Beweise von den nicht geringen Gegensätzen sind, welche die gegeneinander kämpfenden Mächte in ihrer Auffassung über die Friedensbedingungen heute noch trennen, so hat sich doch eine Atmosphäre gebildet, welche die

Erörterungen des Friedensproblems nicht mehr ausschließt.

Ohne übertriebenen Optimismus kann wohl aus den Aeußerungen verantwortlicher Staatsmänner mindestens so viel konstatiert werden, daß der Wille, zu einer Verständigung zu gelangen und den Krieg nicht ausschließlich durch die Macht der Waffen zur Entscheidung zu bringen, auch bei den alliierten Staaten bis auf einige gewiß nicht gering einzuschätzende Ausnahmen von verblendeten Kriegshetzern allmählich doch durchzudringen beginnt.

Die k. u. k. Regierung ist sich dessen bewußt, daß nach den tiefgehenden Erschütterungen, die im Leben der Völker durch die verheerenden Wirkungen des Weltkrieges verursacht wurden, die ins Wanken gebrachte Weltordnung nicht mit einem Schlage wieder aufgerichtet werden kann. Mühsam und langwierig ist der Weg, der zur Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen den durch Haß und Erbitterung getrennten Völkern führt. Doch ist es unsre Pflicht, den Weg der Verhandlungen zu betreten, und wenn es auch heute noch solche verantwortlichen Faktoren gibt, die den Gegner militärisch niederringen und ihm den Willen des Siegers aufzwingen wollen, so kann doch kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß dieses Ziel, angenommen, daß es überhaupt erreichbar ist, ein weiteres blutiges und langwieriges Ringen zur Voraussetzung hätte. Die für sämtliche Staaten und Völker Europas verhängnisvollen Folgen einer solchen Politik würde aber auch ein späterer Siegfriede nicht mehr gutmachen können. Nur ein Friede, der die heute auseinander gehenden Auffassungen der Gegner in einer gerechten Weise ausgleichen könnte, würde der von allen Völkern ersehnte dauernde Friede sein.

In diesem Bewußtsein und unentwegt bemüht, im Interesse des Friedens tätig zu sein, tritt nun die österreichisch-ungarische Monarchie neuerlich mit einer Anregung hervor, um

eine direkte Aussprache

zwischen den einander feindlich gegenüberstehenden Mächten herbeizuführen. Der ernste Friedenswille breiter Bevölkerungsschichten aller durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogener Staaten, die unleugbare Annäherung in einzelnen kontroversen Fragen sowie die allgemeine versöhnlichere Atmosphäre scheinen der k. u. k. Regierung eine gewisse Gewähr dafür zu leisten, daß ein im Interesse des Friedens unternommener neuerlicher Schritt, der auch den auf diesem Gebiet gemachten Erfahrungen Rechnung trägt, im gegenwärtigen Augenblick die Möglichkeit eines Erfolges bieten könnte. Die österreichisch-ungarische Regierung hat daher beschlossen, allen Kriegführenden, Freund und Feind, einen von ihr für gangbar gehaltenen Weg zu weisen und ihnen vorzuschlagen, in einem freien Gedankenaustausch gemeinsam zu versuchen, ob jene Voraussetzungen gegeben sind, welche die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen als aussichtsvoll erscheinen lassen.

Zu diesem Behufe hat die k. u. k. Regierung die Regierungen aller kriegführenden Staaten zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache an einen Ort neutralen Auslandes eingeladen und an sie eine in diesem Sinne verfaßte Note gerichtet. In einer Note wurde dieser Schritt zur Kenntnis des Heiligen Stuhles gebracht und hierbei an das dem Frieden zugewendete Interesse des Papstes appelliert. Ferner wurden auch die Regierungen der neutralen Staaten von der Demarche verständigt. Das stets enge Einvernehmen, welches zwischen den vier verbündeten Mächten besteht, bietet die Gewähr dafür, daß die Verbündeten Oesterreich-Ungarns, an welche der Vorschlag gleicherweise ergeht, die in der Note entwickelte Auffassung teilen.

Der Wortlaut der Note:

Das Friedensangebot, das die Mächte des Vierbundes am 12. Dezember 1916 an ihre Gegner gerichtet und dessen versöhnlichen Grundgedanken sie niemals aufgegeben haben, bedeutet trotz der Ablehnung, die es erfuhr, einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte des Krieges. Zum Unterschied von den ersten 2½ Kriegsjahren hat von diesem Tage an die Frage des Friedens im Mittelpunkt der europäischen, ja der Weltdiskussion gestanden und hat sie seitdem in immer steigendem Maße beschäftigt und beherrscht. Der Reihe nach haben fast alle kriegführenden Staaten zur Frage des Friedens, seiner Voraussetzungen und Bedingungen immer wieder das Wort ergriffen. Die Linie der Entwicklung dieser Erörterungen war jedoch keine einheitliche und stetige, die zugrunde liegenden Standpunkte wechselten unter dem Einfluß der militärischen und politischen Lage und zu einem greifbaren, praktisch verwertbaren allgemeinen Ergebnis haben sie wenigstens bisher nicht geführt. Immerhin kann unabhängig von all diesen Schwankungen festgestellt werden, daß der Abstand der beiderseitigen Auffassungen sich im großen und ganzen etwas verringerte, daß sich trotz dem unleugbaren Fortbestehen entschiedener, bisher nicht überbrückter Gegensätze eine teilweise Abkehr von manchen der extremsten konkreten Kriegsziele zeigt und eine gewisse Uebereinstimmung betreffs der allgemeinen Grundprinzipien des Weltfriedens manifestiert. In beiden Lagern ist in breiten Bevölkerungsschichten ein

Anwachsen des Friedens- und Verständigungswillens

unzweifelhaft wahrzunehmen. Auch ein Vergleich der seinerzeitigen Aufnahme des Friedensvorschlages der Vierbundsmächte bei ihren Gegnern mit den späteren Aeußerungen von verantwortlichen Staatsmännern der letzteren wie auch nicht verantwortlichen, wohl aber politisch keineswegs einflußlosen Persönlichkeiten bestätigt diesen Eindruck. Während beispielsweise noch in der Antwort der Alliierten an Wilson Forderungen erhoben wurden, die auf eine Zerstückelung Oesterreich-Ungarns, auf eine Verkleinerung und tiefgehende innere Umgestaltung des Deutschen Reiches und auf die Vernichtung des europäischen Besitzstandes der Türkei hinausliefen, wurden späterhin diese Forderungen, deren Verwirklichung einen überwältigenden Sieg zur Voraussetzung hatten, in manchen Erklärungen amtlicher Stellen der Entente modifiziert oder zum Teil fallen gelassen. So erkannte in einer vor etwa einem Jahre im englischen Unterhause abgegebenen Erklärung Mr. Balfour ausdrücklich an, daß Oesterreich-Ungarn seine inneren Probleme selbst lösen müsse und daß niemand von außen her Deutschland eine Verfassung auferlegen könne. Mr. Lloyd George erklärte zu Beginn dieses Jahres, daß es nicht zu den Kampfzielen der Alliierten gehöre, Oesterreich-Ungarn zu zerteilen, das ottomanische Reich seiner türkischen Provinzen zu berauben und Deutschland im Innern zu reformieren. Als symptomatisch kann auch gelten, daß Mr. Balfour im Dezember 1917 kategorisch die Annahme zurückwies, die englische Politik hätte sich jemals für die Schaffung eines selbständigen Staates aus den linksrheinischen Gebieten Deutschlands engagiert. Die Kundgebungen der Mittelmächte lassen keinen Zweifel darüber, daß sie nur einen Verteidigungskampf um die Unversehrtheit und Sicherheit ihrer Gebiete führen. Ausgesprochener als auf dem Gebiete der konkreten Kriegsziele ist die Annäherung der Auffassungen hinsichtlich jener

Richtlinien

gediehen, auf deren Grundlage der Friede geschlossen und die künftige Ordnung Europas und der Welt aufgebaut werden soll. Präsident Wilson hat in dieser Richtung in seinen Reden vom 12. Februar und vom 14. Juli dieses Jahres Grundsätze formuliert, die bei den Alliierten nicht auf Widerspruch gestoßen sind und deren weitgehende Anwendung auch auf seiten der Vierbundsmächte keinem Einwand begegnen dürften, vorausgesetzt, daß diese Anwendung allgemein und mit den Lebensinteressen der betreffenden Staaten vereinbar sei. Allerdings ist zu bedenken, daß eine Uebereinstimmung in den allgemeinen Grundsätzen nicht genügt, sondern es sich hier darum handelt, über ihre Auslegung und über ihre Anwendung auf die einzelnen konkreten Kriegs- und Friedensfragen einig zu werden. Für einen unbefangenen Beobachter kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in allen kriegführenden Staaten ohne Ausnahme der Wunsch nach einem Frieden der Verständigung gewaltig verstärkt ist und daß sich immer mehr die Auffassung Bahn bricht, eine weitere Fortsetzung des blutigen Ringens müsse Europa in einen Trümmerstaat verwandeln und in einen Zustand der Erschöpfung versetzen, der seine Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus lähmt, ohne daß eine Gewähr dafür bestände, durch sie jene Entscheidung durch die Waffen herbeizuführen, die von beiden Seiten in den vier Jahren voll ungeheurer Opfer, Leiden und Anstrengungen vergeblich angestrebt wurde.

Auf welchem Wege und auf welche Weise kann aber eine Verständigung angebahnt und schließlich erzielt werden? Besteht irgendeine ernste Aussicht, durch die Fortsetzung der Diskussionen über die Friedensprobleme in der bisherigen Art zu einem Ziele zu gelangen? Letztere Frage haben wir nicht den Mut, zu bejahen. Die Diskussion von einer öffentlichen Tribüne zu führen, wie sie bisher zwischen den Staatsmännern der verschiedenen Länder stattgefunden hat, wäre eigentlich nur

eine Serie von Monologen.

Es fehlte ihr vor allem die Unmittelbarkeit. Rede und Gegenrede greifen nicht ineinander ein. Sprecher sprechen aneinander vorbei. Anderseits war es die Oeffentlichkeit und der Boden dieser Auseinandersetzungen, die ihnen die Möglichkeit eines fruchtbaren Fortschreitens raubten. Bei allen öffentlichen Kundgebungen dieser Art wird eine Form der Beredsamkeit angewendet, die mit der Wirkung auf große Distanz und auf die Massen rechnet. Dadurch vergrößert man aber — bewußt oder unbewußt — den Abstand von der gegnerischen Auffassung. Sie erzeugen Mißverständnisse, die Wurzel fassen und nicht beseitigt werden, und erschweren den freimütigen einfachen Gedankenaustausch. Jede Kundgebung der führenden Staatsmänner wird, sowie sie stattgefunden hat und noch ehe die zuständige Stelle der Gegenseite darauf erwidern kann, zum Gegenstande einer leidenschaftlichen oder übertriebenen Besprechung unverantwortlicher Elemente. Aber auch die verantwortlichen Staatsmänner selbst veranlassen die Besorgnis, die Interessen der Kriegführung durch ungünstige Beeinflussung der Stimmung in der Heimat zu gefährden und die eigenen letzten Absichten vorzeitig zu verraten, zum Anschlagen hoher Töne und zum starren Festhalten an extremen Standpunkten.

Soll also der Versuch unternommen werden, zu prüfen, ob für eine Verständigung, die

die Katastrophe einer selbstmörderischen Fortsetzung des Kampfes

von Europa abzuwenden geeignet ist, die Grundlagen gegeben sind, so wäre jedenfalls eine andre Methode zu wählen, die eine unmittelbare mündliche Erörterung zwischen den Vertretern der Regierungen ihnen ermöglicht. Den Gegenstand einer solchen Erörterung und gegenseitigen Beleuchtung hätten ebenso die gegensätzlichen Auffassungen der einzelnen kriegführenden Staaten zu bilden, wie auch die allgemeinen Prinzipien, die dem Frieden und dem künftigen Verhältnis der Staaten zueinander als Basis dienen sollen und über die zunächst eine Einigung mit Aussicht auf Erfolg versucht werden kann. Sobald eine Einigung über die Grundprinzipien erreicht wäre, müßte man im Verlaufe der Besprechungen versuchen, sie auf die einzelnen Friedensfragen konkret anzuwenden, um damit deren Lösung herbeizuführen.

Wir möchten hoffen, daß auf seiten keines der Kriegführenden ein Bedenken gegen einen solchen Gedankenaustausch vorliegen werde. Die Kriegshandlungen erfahren keine Unterbrechung. Die Besprechungen gingen auch nur so weit, als sie von den Teilnehmern für aussichtbietend gehalten würden. Für die vertretenen Staaten könnten daraus keine Nachteile erwachsen; weit entfernt, zu schaden, müßte ein solcher Gedankenaustausch

für die Sache des Friedens nur von Nutzen

sein. Was das erstemal nicht gelingt, kann wiederholt werden und kann vielleicht mindestens schon zur Klärung der Auffassungen beitragen. Berge von alten Mißverständnissen ließen sich wegräumen, viele neue Erkenntnisse zum Durchbruch bringen. Ströme von zurückgehaltener Menschenfreundlichkeit würden sich lösen, in deren Wärme alles Wesentliche bestehen bliebe, dagegen manches Gegensätzliche verschwinden würde, dem heute noch eine übermäßige Bedeutung beigemessen wird.

Nach unsrer Ueberzeugung sind alle Kriegführenden es der Menschheit schuldig, gemeinsam zu untersuchen, ob es nicht jetzt nach so viel Jahren eines opfervollen, jedoch unentschiedenen Kampfes, dessen ganzer Verlauf auf Verständigung weist, möglich ist, dem schrecklichen Ringen ein Ende zu machen. Die k. und k. Regierung möchte daher den Regierungen aller kriegführenden Staaten

vorschlagen,

zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses in einem Ort des neutralen Auslandes und zu einem nahen Zeitpunkt, worüber man noch Vereinbarungen zu treffen hätte, Delegierte zu entsenden, die beauftragt wären, die Auffassung ihrer Regierungen über jene Prinzipien einander bekanntzugeben, analoge Mitteilungen entgegenzunehmen sowie offene und freimütige Aufklärungen über alle jene Punkte, die einer Präzisierung bedürfen, zu erbitten und zu erteilen.

Die k. und k. Regierung beehrt sich, die Regierung von . . . durch die geneigte Vermittlung Eurer Exzellenz zu bitten, diese Mitteilung zur Kenntnis der Regierung von . . . bringen zu wollen.

Starke Angriffe zwischen Ailette und Aisne gescheitert

× Berlin, 14. September abends. (Amtlich)

Bei Havrincourt örtliche Kämpfe. Zwischen Ailette und Aisne sind starke Angriffe des Feindes gescheitert. Zwischen Maas und Mosel auch heute ruhiger Tag.

*

Englisch-französische Mißerfolge

× Berlin, 14. September

An der Großkampffront von Lens bis Soissons setzten die Engländer auch am 13. September ihre Angriffe im Cambrai-Abschnitt fort, während der Franzose nach einer Atempause der beiden letzten Tage die Offensive gegen St.-Quentin und zwischen Ailette und Aisne von neuem aufnahm. In der Gegend von Havrincourt stießen englische Angriffe mit deutschen Gegenstößen zusammen, bei denen deutsche Sturmtrupps in erbitterten Nahkämpfen in die Trümmer des Dorfes Havrincourt eindrangen und 37 Gefangene zurückbrachten. Bei Gouzeaucourt versuchte der Engländer ein neues Angriffsverfahren. Während er schweres Feuer auf die deutschen Stellungen nordwestlich von Gouzeaucourt richtete und dort erkennbar Truppen bereitstellte, griff er plötzlich ohne Artillerievorbereitung westlich des Dorfes an. Allein die deutschen Verteidiger ließen sich nicht überraschen. Mit Zurücklassung von 25 Gefangenen fluteten die Engländer wieder zurück. In Teilgefechten bei Vermand wurde eine Anzahl Australier gefangen.

Zwischen Ailette und Aisne griff der Franzose im Laufe des Nachmittags und abends ziemlich heftig an. In dem wildzerklüfteten Gelände, das zerrissen ist von den Spuren der Kämpfe des Vorjahres, und in dem Wald, Busch und Draht stellenweise ineinander verwachsen sind, kam es zu erbittertem Ringen. An der zähen deutschen Verteidigung, die tief fliegende deutsche Schlachtflieger unterstützten, scheiterten alle französischen Anstrengungen.

Zwischen Maas und Mosel verlief der Tag ruhig. Nach dem Mißlingen des Fochschen Planes, die Deutschen im St.-Mihiel-Zipfel abzuschneiden, haben die Franzosen und Amerikaner ihre Angriffe noch nicht wieder aufgenommen. Allzu voreilig verkündete der Funkspruch Carnavon vom 13. d. M., daß die Lage der Garnison von St.-Mihiel hoffnungslos sei. Weder der französische Angriff im Norden noch der amerikanische im Süden konnten tief genug Raum gewinnen, um den Abzug der St.-Mihiel stehenden Truppen ernstlich zu gefährden. Da die Räumung seit Tagen vorbereitet war, vollzog sich der Abtransport, vor allem auch des Artilleriematerials, glatt, wenn auch mit Verlusten an Mannschaften und Geschützen, wie sie bei einer derartigen Operation unvermeidlich sind. Bei St.-Mihiel standen zum ersten Male österreichisch-ungarische Truppen im Großkampf an der Westfront im gemeinsamen, zähen Verteidigungskampf Schulter an Schulter mit deutschen Divisionen. Südlich der Combres-Höhe besiegelte sie die untrennliche Waffenbrüderschaft der beiden verbündeten Heere.

*

Die ertrunkene Offensive Fochs

* Genf, 14. September

Ueber die militärische Lage sind sich ziemlich alle Blätter einig darüber, daß jetzt, nachdem die deutschen Heere wieder ihre alten Stellungen in der Hindenburglinie eingenommen haben, Foch nicht mehr viel erreichen könne, zumal die schlechte Witterung einen Strich durch die Rechnung mache. „Man kämpft im Schmutz", schreibt der „Temps", „unter einem sintflutartigen Regen. Es ist daher nicht überraschend, daß die Lage auf dem größten Teile der Front stationär bleibt." Ebenso meint der „Homme libre", es sei kein Wunder, daß der Kampf des strömenden Regens wegen stillstehe, da bei einem solchen Wetter auch die Flieger und die Sturmwagen nichts ausrichten könnten.

Die Erkrankung Lloyd Georges

× London, 13. September. (Reuter)

Lloyd George leidet an Influenza mit hohem Fieber und Halsschmerzen. Er muß das Bett hüten und war infolgedessen genötigt, alle Verabredungen rückgängig zu machen.